

**Antrag 155/II/2022 Jusos Landesvorstand  
Gendergerecht und inklusive Sprache auch im Land Berlin**

**Beschluss:** Beschluss des Parteitags

Die Sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses mögen sich dafür einsetzen, die Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO) zu ändern, um eine inklusive, gendersensible Sprache in Schriftstücken der Berliner Verwaltung zu ermöglichen. Dazu soll eine Änderung von §2 (2) der GGO umgesetzt werden, so dass neben geschlechtsneutralen Personenbezeichnungen, geschlechtsinklusive Personenbezeichnungen mit Sternchen **und** Doppelpunkt künftig ermöglicht werden.

**Überweisen an**

AH Fraktion, Senat